

# Schweden debattiert liberalisierte Schulen

Bildungspolitik ist bei allen Parteien eines der wichtigsten Wahlkampfthemen

NZZ am Sonntag,  
7. 9. 2014

Schweden ist Pionier in der freien Schulwahl und der Förderung von Privatschulen. Doch die Schule ist zum Problemfall und zum grossen Wahlkampfthema geworden.  
**Niels Anner, Göteborg**

«Gib deine Stimme der Schule.» Egal welcher Parteichef in Schweden von den Wahlplakaten lächelt: Es geht meist um die Schule. Als Stefan Löfven, Chef der Sozialdemokraten und Favorit für das Amt des Ministerpräsidenten, das Wahlmanifest seiner Partei präsentierte, tat er dies symbolisch in einem Gymnasium.

## Viele Probleme warten

Auf einem Spielplatz in Göteborg, Schwedens zweitgrösster Stadt, erklärt eine Mutter, das Thema beschäftige viele. Klassen mit dreissig Schülern, ungenügende Disziplin, schlechte Abschluss-Resultate, nicht nur in den Pisa-Studien. Es mangle an Qualitätskontrollen und Lehrerausbildung, sagt auch Julieta Lodeiro, Direktorin der Victoria-Schule, einer Privatschule in einem gepflegten Altbau. Sie hofft auf Verbesserungen nach den Wahlen.



Direktorin Julieta Lodeiro.

Insbesondere müsse der Lehrerberuf aufgewertet werden.

Lodeiro sagt offen, Schweden habe ein «Experiment mit der Jugend begonnen, ohne die Konsequenzen zu kennen». Bürgerliche und linke Regierungen liberalisierten seit den neunziger Jahren die Schule: Öffentliche wie private sind kostenlos, beide erhalten pro Schüler dasselbe staatliche Schulgeld, die Eltern haben die freie Wahl. Privatschulen erhielten dadurch starken Aufwind,

sie nehmen heute rund einen Fünftel aller Schüler auf. Sie folgen dem schwedischen Lehrplan, können aber auch speziell pädagogisch oder religiös ausgerichtet sein. Oft seien Privatschulen effizienter und persönlicher organisiert, sagt Lodeiro.

Mit der freien Schulwahl wurde ein Markt geschaffen, den eine klare Mehrheit der Schweden nicht missen will. Allerdings werden die meisten Privatschulen von Aktiengesellschaften und

## Vor Machtwechsel

Am 14. September dürfte die bürgerliche Vierparteien-Allianz nach acht Jahren abgewählt werden. Laut Prognosen erhält der linke Flügel mit Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei 5 bis 10 Prozentpunkte Vorsprung. Gleichzeitig werden die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, mit denen niemand regieren will, stark zulegen. Zudem könnte erstmals die Feministische Initiative ins Parlament kommen. (nan.)

Konzernen geführt. Wollten diese Gewinne erzielen, könne sich das negativ auf den Unterricht, etwa auf das Betreuungsverhältnis, auswirken, sagt Lodeiro, die eine Non-Profit-Schule leitet.

Studien haben gezeigt, dass die freie Schulwahl soziale Trennung verstärkt: Höher Gebildete suchen häufiger für ihre Kinder eine bessere Schule. Eigentlich dürfen Privatschulen niemanden ausschliessen, doch schwedische Medien deckten auf, dass Kinder mit ausländischen Namen schwerer Plätze bekommen.

Im Wahlkampf streitet Schweden über den Wohlfahrtsstaat. Dieser sorgt zum Beispiel durch umfassende Kinderbetreuung dafür, dass das Land bei der Gleichberechtigung internationale Spitzenränge einnimmt. Knackpunkt ist aber die Finanzierung. Die Bürgerlichen haben eine Viertel-million Jobs geschaffen, Steuern gesenkt und Sozialleistungen gekürzt. Dennoch haben sie keine grossen Geschenke an die Wähler, sie setzen weiter auf Sparsamkeit. Die Linke sieht «schwedische Tugenden» wie Gleichheit und Solidarität gefährdet. Sie kritisiert das «kalte soziale Klima». Schuld daran seien die von den

Bürgerlichen vorangetriebenen Privatisierungen im Gesundheitswesen, in der Alterspflege und in der Schule, sagt ein Wahlkämpfer der Grünen in Göteborg.

## Kehrseite der Schulfirmen

In den letzten Jahren machten immer wieder Risikokapitalgeber Schlagzeilen, die in Schulfirmen investieren - mit entsprechenden Profiterwartungen. Die Regierung sei naiv gewesen, räumt Bildungsminister Jan Björklund ein, einige Konzerne hätten Gewinne maximiert, statt in Bibliotheken oder Personal zu investieren. 2012 ging ein grosses Unternehmen Konkurs, Tausende Jugendliche standen plötzlich ohne Unterricht da.

«Dass mit Steuergeldern Profit erzielt wird, ärgert enorm viele Leute», sagt Jonas Törnberg, Vater zweier Kinder in einer öffentlichen Schule. Dennoch findet er es populistisch, dass Linkspartei und Grüne Schul-Profite verbieten wollen: «Wir möchten Wahlfreiheit, also müssen wir auch Investitionen und Gewinne ermöglichen - aber besser kontrollieren», sagt er. Nur dank den Privatschulen gebe es genügend Schulplätze.

Privatschulen hätten ein Imageproblem, doch öffentliche Schulen hätten oft grössere Probleme, sagt Niklas Dahlström. Er ist Direktor der Göteborger Filiale der Kunsaps-Schule, eines Konzerns mit 29 Schulen und 10 000 Schülern in Schweden. Dahlström spricht sich für klares Management aus. Seine Lehrer erhalten einen Leistungslohn, abhängig davon, ob ihre Schüler die mit den Eltern definierten Lernziele erreichen. Dabei erlaubt die Kunsaps-Schule grosse Freiheiten: Schüler können selber Prioritäten setzen, Unterrichtsmodule wählen und Lernzeit gestalten. Einmal pro Woche werden die Fortschritte im Einzelunterricht besprochen, «unser bestes Werkzeug», sagt der Direktor. Seine Schule gehe individuell auf Schüler ein, die zu einem Viertel Migranten sind.

Dahlström sieht keine Schulkrise. Immerhin gelte sein Land seit Jahren international als eines der besten für Innovation. Aber die Schule müsse immer mehr gesellschaftliche Probleme auffangen. Und durch die Wahlfreiheit hätten die Eltern heute höhere Erwartungen. Dem seien nicht alle Schulen gewachsen.



Schüler einer Stockholmer Privatschule versammeln sich für einen Ausflug. (14. Oktober 2013)